

# Denk-Anstöße

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches,  
gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

## „Flexible“ Stabilität

Nur kurz nach den Europa-Wahlen haben die sozialistischen und sozialdemokratischen Regierungen in Europa eine neue Initiative gestartet, um den Stabilitätspakt und damit Merkels (relativen) Sparkurs aufzuweichen und auszuhebeln. Insbesondere die notorischen Schuldenmacher-Regierungen Frankreichs und Italiens, die sich dem Reformdruck bisher weitestgehend verweigert haben, machen sich in einer unheiligen Allianz mit dem SPD-Vorsitzenden dafür stark, die Stabilitätskriterien „flexibel“ auszulegen, also den jeweiligen nationalen Regierungsinteressen der Schuldenländer nach Belieben unterzuordnen. Politisch verkauft werden soll dieser Paradigmenwechsel mit der irreführenden Scheinalternative „Wachsen statt Sparen“. Der deutsche Wirtschaftsminister konterkariert seine Behauptung, „für mehr Ehrlichkeit in der Debatte“ einzutreten, mit dem originellen Vorschlag, die durch Reformpolitik entstehenden Kosten nicht auf die Defizite anzurechnen. Mit anderen Worten: Kreative Buchführung soll die Realitäten vernebeln, zusätzliche Freiräume für noch höhere Staatsschulden schaffen und strukturelle Reformen auf Lippenbekennnisse reduzieren. Man will flexibel und großzügig sein, solange Deutschland für die finanziellen Konsequenzen haftet. Die „Wirtschaftswoche“ titelt: „Europa wird rot“.

## „Dauerkrise“

Der frühere EZB-Chefvolkswirt Jürgen Stark kommentiert die Aufweichung der Stabilitätsregeln so: „Eine Gleichung ‚laxe Haushalts-

politik gegen Strukturreformen‘ wird nicht aufgehen. Ein solcher Kuhhandel führt zu fiskalpolitischer Disziplinlosigkeit ohne die wirtschaftlichen Aussichten zu verbessern. Dann wird die Krise zur Dauerkrise. Kurzfristdenken, Opportunismus, Populismus und politische Führungsschwäche sind die Feinde von Regeln. Eine Regelbindung kann nun einmal nicht besser sein als die handelnden Politiker selbst.“

## Hütchen-Spiele

In die Rubrik Tarnen und Täuschen fällt auch das „Europäische System volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen“ (ESVG), das ab September 2014 für alle EU-Länder verpflichtend sein soll. Im Mittelpunkt steht eine neue Methodik zur Berechnung des Bruttoinlandsprodukts. Künftig sollen auch Einnahmen aus Prostitution, Drogenhandel und Schmuggelgeschäften bei der nationalen Wertschöpfung erfasst werden. Außerdem sollen F&E-Aufwendungen nicht mehr als Vorleistungen in die Produktion eingerechnet, sondern als Investitionen ausgewiesen werden. Militärische Waffensysteme sollen ebenfalls als Investitionen behandelt werden. Nach Schätzung des Statistischen Bundesamts wird die neue Ermittlungsmethode das deutsche BIP auf wundersame Weise um gut 3% erhöhen. Vor allem die Schuldenländer der Euro-Zone freuen sich über das modifizierte System zur BIP-Berechnung, weil damit automatisch eine Senkung der prozentualen Schuldenstandsquote verbunden ist. Ein altgedienter Industrie-Kapitän kommentiert diese Hütchen-Spielerien mit dem ironischen Hin-

Der Autor dieser Kolumne ist als Geschäftsführer der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich „Denk-Anstöße“, die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.



Dietrich W. Thielenhaus

weis, es sei gut zu wissen, dass jetzt auch die vielfältigen Aktivitäten der Mafia ganz offiziell zur Steigerung des italienischen BIP beitragen.

## „Verzweifelter Versuch“

Am 5. Juni 2014 hat der EZB-Chef ein beispielloses Maßnahmenpaket vorgestellt, um die Inflationsrate wieder in Richtung auf die volkswirtschaftlich erstaunliche „Zielmarke“ von 2% zu bringen. Die breite Öffentlichkeit hat die Dimension der neuen Kreditkannone kaum zur Kenntnis genommen, während „die Märkte“ die zusätzliche Liquiditätsspritze von 400 Mrd. EUR für die Banken begrüßt haben. Auf der EZB-Agenda stehen außerdem der äußerst problematische Einstieg in das Geschäft mit Kreditverbriefungen und ein ebenso zweifelhaftes Ankaufprogramm für Staatsanleihen. Der Chef des ifo-Instituts hat die EZB-Beschlüsse als „verzweifelter Versuch, mit noch billigerem Geld und Strafzinsen auf Einlagen die Kapitalströme nach Südeuropa umzuleiten und so dort die Wirtschaft anzukurbeln“, bezeichnet. Die Zechen zahlen jetzt alle jene, die Geld langfristig anlegen, also die Sparer und die Besitzer von Lebensversicherungen.

## Neue Schulden

Trotz der explodierenden Steuereinnahmen infolge der anhalten-

den Sonderkonjunktur will die Bundesregierung auch im Jahr 2014 neue Schulden machen. Das Ziel eines ausgeglichenen Staatshaushalts wurde wieder einmal verschoben. Um die Gesamtausgaben von 296,5 Mrd. EUR ermöglichen zu können, ist eine Neuverschuldung um 6,5 Mrd. EUR geplant. Auch die 16 Bundesländer bekommen ihre Haushalte nicht in den Griff. Sie haben in den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres insgesamt 6 Mrd. EUR mehr ausgegeben als sie eingenommen haben. Mit Bayern, Niedersachsen und Sachsen schreiben derzeit nur drei Länder schwarze Zahlen. Die Ausgaben aller Länder stiegen insgesamt um 4%, während die Einnahmen nur um 2,7% zulegten. Bei den Kommunen spitzen sich die Haushaltsprobleme ebenfalls weiter zu. Vor allem die Sozialausgaben laufen aus dem Ruder. Ein durchgängiger politischer Wille, den Teufelskreis mit notfalls auch unpopulären Maßnahmen zu durchbrechen, ist nicht erkennbar. Künftige Generationen, die das Schuldendesaster auszubaden haben, spielen für die Politiker von heute offenbar keine Rolle. Ein anerkannter Finanzwissenschaftler zeigt sich im vertrauten Kreis ratlos angesichts der Frage, über welche Optionen Bund, Länder und Gemeinden beim nächsten konjunkturellen Einbruch und bei „normalen“ Zinsen noch verfügen werden, um einigermaßen zukunftsfähig zu bleiben.